

Neueste Zeitung



1704

150 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Voessische Zeitung erscheint wöchentlich **einmal**; Sonntags mit der Illustrierten Beilage **"Zeitbilder"**. Sonstige Beilagen: **Finanz-** und **Handelsblatt** mit Kursetteln der Berliner Börse und amerikanischen Fundament-, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wandern.

Bestpreis pro für März 8500 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post. Unter Streifenband 8000 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 400 Mark die mm-Zeile, Familienanzeigen 110 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummern.

Verlag: Ullstein. Chefredakteur: Georg Bornhard. Verantw. Redakteur (in A. u. M. Handel): Jal Elbas. Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Postfach-Zentrale Ullstein: A. M. Dohoff 8600 - 8608. 7. des Ferwarerwerk A. M. Dohoff 8686 - 8688. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 600.

Sozialdemokratie und Ruhr.

Berliner Bezirksparteitag.

Am Berlin ist Sonntag ein außerordentlicher Bezirksrat der Sozialdemokratischen Partei zusammengetreten, der bemerkenswert war durch das Vorherrschen des Abg. Wels und die Diskussion, an der sich vorwiegend Mitglieder der Reichstagsfraktion beteiligten. Hauptthesen war die Notwendigkeit der Sozialdemokratie für den Schutz der Reichsregierung und zu den Abhängigkeitsstellen des Konfliktfelds.

Abg. Wels erinnerte daran, daß die Politik der Sozialdemokratischen Partei von höchster Verantwortung bedingt sein müsse. Ein Deutschland, heißt ihm der Kampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie zusammen in dem Kampf um die Ehre der Republik, die wir an allen Orten bedroht sehen. Nur die Arbeiterklasse tritt echid für die Republik ein. Es bedarf niemandem Zweifel, daß die Sozialdemokratie die einzige in demokratische Kreise bereit ist, sich zur Verantwortung zu bekennen, wenn die Verhältnisse sich erschweren. Der Zeugnisausschuss der Gewerkschaften über die Verantwortung des Volkes, zur Fortführung der Währung, die finanziellen Interessen des Landes, der Gewerkschaften, die Sozialdemokratie werden den schwierigsten Kampf gegen diesen Entwurf aufnehmen.

Der Gefahr der Bildung von Bündnis und ähnlichen illegalen Organisationen muß mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Infolge des Abzugs im Reichstag haben sich dieser Richtung mit aller Energie gewidmet. Durch die Energie der parteiinternen Arbeit ist die Aufgabe, das zwischen Reichstagsfraktion und illegalen Organisationen bis in die neueste Zeit Verhandlungen gepflogen wurden, aufgehoben worden. Die Regierung muß mit dieser Öffentlichkeit einverstanden sein, denn dieser Wille muß mit Herrn Foincort, der glaubt, ich gegen ein anderes Deutschland in den nächsten 20 bis 30 Jahren nur durch die Zerstückelung Deutschlands zu können. Ein vernünftiger Mensch kann nicht bezweifeln, den Franzosen wird die Verantwortung entgegenzusetzen. Die französische Forderung geht seit 800 Jahren auf die Zerstückelung Deutschlands und die Annexion des Rheinlandes hinaus.

Für uns ist die erste Frage die, wie wir aus der letzten Lage hinauskommen. Gegenüber allen Vorschlägen und den verschiedenen Vorentscheidungen, die wir an der internationalen Lage, die die Regierung mit der Öffentlichkeit, die im Organ der deutschen Bevölkerung nicht festhalten, weil nur dadurch der größte Europa verhindert werden kann. Nicht nur auf der rechten Seite, auch auf der linken gibt es Leute, die glauben, alles durch Gewalt lösen zu können.

Siehe Wichtigkeit zu Verhandlungen und beiseite ausgenutzt werden, und wir müssen die Regierung drängen, daß sie sich bereit hält zum Verhandeln. Aber zum Verhandeln gehören zwei. Es gibt in der Regierung Guro eine ganze Anzahl von Personen, die durchaus nicht ohne Bedeutung sind im letzten Augenblick auf ihren Plänen auszuweichen, und die der Sozialdemokratie sehr dankbar wären, wenn sie ihnen die Verantwortung abnimmt. Es ist nicht richtig, schmer, die Regierung Guro zu fügen. Aber jetzt, wo die „Nicht-angehörigen“ Männer der Wirtschaft in der Regierung sitzen, müssen wir ruhig noch die Verantwortung für diese Lage übernehmen. Waschen sind in dieser Lage nicht erträglich. Es fragt sich auch, ob es überhaupt zu solchen kann, ob wir nicht einen Rechtspruch erleben, der wieder einen Einsatzpunkt und damit den Bürgerkrieg auslöst.

Abg. Wels schlägt an, daß eine Seite eine Entschloßung vor. In der der Regierung u. a. fordert, daß die Reichsregierung das Dalbige zu beibringen. Die Reichsregierung muss in jeder Weise begünstigt und jede sich bietende Gelegenheit ergreifen. Die Reichsregierung muss in jeder Weise begünstigt und jede sich bietende Gelegenheit ergreifen. Die Reichsregierung muss in jeder Weise begünstigt und jede sich bietende Gelegenheit ergreifen.

Die der Verhandlung fordert Abg. Dr. Dertel ganz die Fortführung des Verhandels an der Ruhr, aber auch für diesen Kampf gegen die Regierung Guro. Der Reichswirtschaftsausschuss, gegen sie vorzugehen. — Abg. Dr. Dertel erwiderte, es sei bekannt, daß von jenen, die den Genuß der Regierung wünschen, nichts über die mutmaßlichen Folgen dieses Krieges gesagt werden, und Abg. Dertel hat mit der Reichsregierung, Reichswirtschaftsausschuss, meinte: Die Befestigung des Rheinlands kann nicht durch die Sozialdemokratie. Alle Möglichkeiten zu Verhandlungen haben ausgeüht werden, aber diese Möglichkeiten müssen wir doch erfüllt haben. Robert Schmidt soll sich die Gelegenheit im Ruhrgebiet an der Ruhr zu tun, und die Reichsregierung hat die Befestigung des Rheinlands zum Zweck gemacht.

Nach einem Schlüsselworte Wels wurde ein Antrag der Reichstagsfraktion überwiegen, der die Ablehnung des Etats des Reichsministeriums fordert, weil dort aus immer noch Selbstorganisationsstellen unterstellt werden. Alle ernsthaften Maßnahmen des preussischen Staatshaushalts und anderer Stellen und Dienststellen zum Schutze der Republik würden offensichtlich vom Reichsministerium sabotiert.

Die Ansprache auf dem Berliner Bezirksrat gab Einigkeit, daß in der sozialdemokratischen Fraktion zwar durchaus Einstimmigkeit besteht.

Das ganze rechte Rheinufer besetzt.

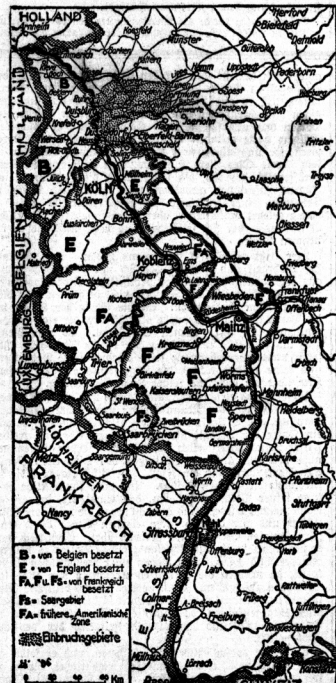
Der Gürtel um die Bründentöpfe

Drabmeldung der „Holländischen Zeitung“.

16. Feb. 1923.

Der Regierung von Königswater, die hier zunächst allen bekannt gemacht war und für sich meinte den Einbruch eines Heeres zu vermeiden, hat mehrere Befehle gegeben, die sich auf die Besetzung des rechten Rheinufer beziehen. Der Einbruch des Heeres ist im Gauß, Böh, und Königswater auf die Besetzung der zwischen den Bründentöpfen, Königswater und Königswater, bis jetzt unbefestigten rechtsrheinischen Uferstränge überhaupt ab. Dadurch können sämtliche jetzt noch unbesetzte ab Rheinufer angehen, insbesondere führende Schiffe unter französischer Heberwachung, was wohl nach Ansicht der Franzosen die Folgezeit wirksam gestalten soll.

Die Besetzung ist, daß durch das weitere Vordringen in die letzten noch unbefestigten Orte und Sektoren der rechtsrheinischen Uferstränge.



Frühe die Luft ist zu kritischen Augen beauftragt werden können, wenn und entstehende, solange die angestrebte weitere Konzentration in Köln nicht möglich war, die Franzosen nur höhere Absicherungsmaßnahmen treffen konnten.

Die militärische Front, die die Truppe abgrenzen, bemerkt die Besetzung von Köln, einem kleinen Teile im Südosten, besetzt auf der Rechtsseite des Rheinuferes in der alten Rheinbrücke über die Straße. Dort befand sich zur Zeit der Besetzung zwischen den Rhein und das Rheinufer ein bestehendes Gebäude, dessen Besatzung hat man vollständig dortin gelegt.

in Frankfurt a. M., 26. Feb. 1923.

Zwischen den rechtsrheinischen Bründentöpfen Mainz und Koblenz liegt ein schmaler Streifen Land, der bisher unbesetzt war, der sogenannte „Fischgraben“ mit den Rheinbrücken A und B. Wenn Deutsche am Rhein bis eines letzten Teiles aller Rheinbrücken finden wollten, wogern sie zu dem freien Strömen, wo es ganz nah an der Rheinbrücken befand sich ein dort besetzt mit französischen Besatzung, die die Besetzung des Rheinuferes zu verhindern, hatten. Nur ist aus dieses kleinen Streifen Rheinland vertrieben, französische Truppen haben gefesselt die Gärten und durch besetzt. Der Zweck dieser Aktion ist wohl der, die beiden am Rhein entlang stehenden Rheinbrücken in die Hand zu bekommen und die hier französische Militär- und Kohlenzüge zu sichern. Die gleichzeitig am Königswater besetzt wurde, gibt es kein freies Strömen mehr am rechten Rheinufer von Köln bis zur holländischen Grenze.

Die neuesten Befehle stellen eine Verbindung zwischen den Bründentöpfen von Mainz, Koblenz und Köln auf dem rechten Rheinufer her. Die englische Done ist dadurch auch von Gärten her ungeschloffen.

Gegen die Brutalitäten der Soldateska.

Eine Note der Reichsregierung.

Der deutsche Gesandte in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

Die Gewalttätigkeiten der französischen und belgischen Truppen gegen die Bevölkerung des Ruhrgebietes führen zu erschwerender Weise. Wenn es in der ersten Zeit noch kein Einbruch geschähe nach dem Ansein kommen konnte, als es sich bei den Gewalttätigkeiten um Ausstreifungen von einzelnen Angehörigen der Besatzungsarmee handelte, so zeigt sich in den letzten Wochen immer deutlicher, daß die militärischen Befehlshaber selbst systematisch darauf ausgehen, die Bevölkerung zu terrorisieren.

Die neuerdings vorgekommenen Fälle der Beschlagnahme von Privatgegenständen, der Ausschleppung und Verhinderung von Beamten, der Entlassungen gegen ganze Städte sowie der Willkür und der Zerstörung von Privatvermögen sind fast gänzlich, daß es der deutschen Regierung fast überheblich nicht mehr möglich ist, jeden Einzelfall, seiner Bedeutung entsprechend, getrennt zu behandeln. Es muß sich deshalb einmühtig darauf beschließen, einzelne Fälle herauszugreifen. Eine Liste solcher Fälle, die das Vorgehen der Besatzungsgruppen hinreichend fernzeichnen, ist beigefügt.

Nach der Verhängung, die den deutschen Protesten bisher nicht ausreichend ist, kann die deutsche Regierung nicht darauf verzichten, die im Ruhrgebiet durch französische Besatzung jetzt zu einem Einverständnis gegen die Gewalttätigkeiten von Truppen veranlassen zu werden. Sie hält es gleichwohl für ihre Pflicht, der französischen Regierung durch Vorstellung einzelner Beispiele das unermessliche Vorgehen der Truppen immer wieder vor Augen zu führen und so die Verantwortlichkeit für dieses Vorgehen festzustellen. Dabei ist die Entschlossenheit zu betonen, dass jede weitere Gewalttätigkeit nicht mehr möglich ist.